



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21931 - 88
Fernschreiber 0 686 990

F/XIII/293 - 27. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 5

Unser Verhältnis zur Sowjetunion
Von Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB.,
ehemals Botschafter der Bundesrepublik in Neu-Delhi

160

Von Hass und Beschimpfungen befreien!

Potsdamer Abkommen?

Keine Mißdeutung des Berliner Wahlergebnisses!

Von Wert und Umpert der Rechtsfragen

Beidseitiges Sicherheitsbedürfnis

Kein außenpolitisches Spekulantentum

Wiedervereinigung - Befriedigung

6

Großbritannien und die Berlin-Krise
Hoffnung auf günstiges Verhandlungsergebnis

46

7

Eine ausgebliebene Einladung
Löst der Vatikan die Verbindungen zur polnischen Exilregierung?

43

* * *
* *

Unser Verhältnis zur Sowjetunion

Von Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB.,
ehemals Botschafter der Bundesrepublik in Neu-Delhi

Unbeirrbar wird Deutschland an der Freundschaft mit den Westmächten festhalten. Es mag abweichende politische Auffassungen geben. Völlig decken sich Interessen mehrerer Staaten niemals. Aber selbst ernstere Gegensätze wären, sofern sie nicht das unabdingbare Hauptziel, die deutsche Wiedervereinigung, missachten, gefährden, hinauschieben oder vereiteln, nur solche unter Freunden. Daher ist mitunter auftauchendes Misstrauen des Westens gegenüber Deutschland völlig fehl am Platze. Es kann bei längerer Dauer nur schädlich wirken. Kein Mensch in Deutschland denkt an eine Neuauflage von "Rapallo"; weder in dessen eigentlichem noch in dessen propagandistisch verfälschten Sinne.

Aber die grössten Bemühungen sind nunmehr ganz unerlässlich, um auch das deutsche Verhältnis zur Sowjetunion freundschaftlich zu gestalten. Hierzu werden der Westen, die Sowjetunion und die Bundesrepublik in gleicher Weise beizutragen haben. Hier und heute interessieren lediglich die Sowjetunion und die Bundesrepublik, und zwar in allgemeiner Hinsicht, also ohne dass Patentlösungen für die Einzelprobleme angeboten werden. Denn wenn nicht Allgemeines und Grundsätzliches sich bessert, werden auch Einzelprobleme sehr viel schwerer lösbar sein.

Von Hass und Beschimpfungen befreier!

In erster Reihe erscheint notwendig, die politische Atmosphäre von Hass, Misstrauen, Drohungen und Beschimpfungen zu befreien. Als grosser Staatsmann, der er ist, hat Chruschtschow dieser Aufgabe keinen guten Dienst mit dem Vorschlag geleistet, West-Berlin zu einer "freien Stadt" zu machen. Ausserdem ist dieser Teil seines Vorbringens besonders widerspruchsvoll. In der gleichen Note, in der er von

West-Berlin als einer "Freien Stadt" spricht, unterstreicht er bekanntlich, dass Berlin die überkommene Hauptstadt Deutschlands ist. Wie kann er aber die Hauptstadt eines Landes zu einer Freien Stadt machen, d.h. das Herzstück eines Landes aus ihm heraus-schneiden wollen? Andererseits sind in der Note Wendungen vorhanden, die sich für ein Anknüpfen von Gesprächen durchaus eignen, wie etwa jene, dass Gespräche über Berlin und einen Friedensvertrag eine Schwelle zu Erörterungen über Gesamtdeutschland bieten könnten. Weil eben das Wichtigste der Anfang ist und er nicht erfolgen kann, wenn die politische Atmosphäre vergiftet bleibt, deshalb wird Moskau es zu unterlassen haben, die Bundesrepublik als einen Staat in der Hand von "Imperialisten" und "Neo-Nazisten", als "kriegsgierig" und "eroberungssüchtig" hinzustellen. Aber auch die Eiferer in unseren eigenen Lande werden aufzuhören haben, un-terbrochen die Sowjetunion als "von Natur vertragsbrüchig", als "Welteroberer" oder schlechthin als "Verbrecher" zu bezeichnen und vor einem neuen "München" zu warnen, als ob die damaligen Ver-hältnisse zur Hitlerzeit sich mit den heutigen in entferntesten vergleichen liessen. Solche und ähnliche Argumente und Schlagworte nutzen nur denjenigen, denen an fruchtbarer Verhandlungen wenig oder nichts gelegen ist.

Potsdamer Abkommen?

Wir werden uns ferner bewusst zu sein haben, dass die Lage, wie sie vor der Sowjet-Berlin-Note war und heute ist, wirklich nicht länger ertragbar ist. Das Potsdamer Abkommen war seinerzeit gewiss nicht stipuliert, um über 12 Jahre Kraft zu behalten. Der heutige Status quo, die Zerstückelung Deutschlands, ist, wie nun-mehr auch dem grössten Starrsinn klargeworden sein kann, eine der unmittelbarsten Friedensgefahren auf unserer Erde. Insofern ist dem Chruschtschow'schen Vorgehen, weil es, wenn auch noch so beanstandbar, die Dinge doch wenigstens in Bewegung brachte, sogar ein gewisses Verdienst nicht abzuspochen; und wir werden in der Tat schnell handeln müssen, nicht wagen, sondern trotz des soge-nannten "Ultimatums". Die Zeit ist reif und überreif, um zu ver-handeln.

Keine Missdeutung des Berliner Wahlergebnisses!

Ferner: Jeder von uns hat mit Recht die Berliner Abstimmung als eine deutsche Absage an den Kommunismus begrüsst. Sie darf aber keineswegs etwa als eine Abstimmung gegen freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion missdeutet werden, namentlich nicht von der Sowjetunion selbst. Die Staatsform der Sowjetunion ist ausschliesslich ihre Sache. Wir Deutsche haben allen Grund, uns gegen jede Eirmischung in unsere eigenen Angelegenheiten zu wenden. Kein Gefühl darf sich in uns festsetzen, das zu einer Eirmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates leiten könnte. Die Berliner wollen - und die Sowjetunion kann hiervon überzeugt sein - ebenso wie die übrigen Deutschen, auch mit der Sowjetunion zu einem friedlichen Miteinander gelangen.

Vom Wert und Unwert der Rechtsfragen

Abwegig erscheint es sodann, bei der Anknüpfung von Gesprächen mit der Sowjetunion nur Rechtsfragen in den Vordergrund treten zu lassen. Gewiss ist Recht eines der höchsten Güter des Menschen. Gewiss haben wir selbst die Abwesenheit des Rechts hart erfahren, als der Nationalsozialismus unser Regierungssystem war. Aber in der Aussenpolitik wird das Recht immer nur eines von anderen Hilfsmitteln zu sein vermögen. Jeder Völkerrechtslehrer weiss zudem, dass es politische Fragen gibt, die überhaupt nicht "justiziabel" sind, also nicht durch den Kadi entschieden werden können. Oft ist - so bizarr es klingt - Recht ein Mantel für Unrecht. Namentlich dann, wenn ich mich allzusehr auf Rechtsargumente beschränke - die übrigens selten unbestritten sind - und zu verhandeln entweder unterlasse oder nur unter mühseligen Kautelen mich bereit finde, leiste ich, indem ich anscheinend das Recht fördere, oft nur der nackten Macht Vorschub. Ausserdem haben wir für die Austragung von Rechtsargumenten nicht immer geeignete Institutionen auf dieser Erde verfügbar. Auch der Haager Gerichtshof würde in einem Falle wie dem vorliegenden schwerlich, wie es notwendig wäre, rasche und klare Entscheidungen treffen können.

Wohl aber werden, bei der Gestaltung eines dauerhaften, freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und der Sowjetunion, wenn schon nicht Spezialparagrafen, so doch grosse allgemeine Rechtsgrundsätze in den nächsten Wochen in den Vordergrund zu rücken sein, etwa der schon erwähnte Grundsatz der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten oder die Menschenrechte, wie sie letztthin kodifiziert worden sind. Auch die Panama Shila erscheint als ein grosses völkerrechtliches Friedensinstrument benutzbar, zumal sie von Russland unterzeichnet worden ist und in ihre "Fünf Grundsätze", jene des friedlichen Nebeneinanders bei verschiedenen politischen Ideologien, die territoriale Unversehrtheit und die Gleichberechtigung einbezieht.

Beiderseitiges Sicherheitsbedürfnis

Es wird, um immer beim Allgemeinen zu bleiben und nicht in das Spezielle abzugleiten, dem beiderseitigen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen werden müssen. Denn wenn die Deutschen Furcht vor Russland haben, so haben die Sowjets zumindest Sorge vor einer potentiellen Militär-Stärke des Siebzig-Millionen-Volkes im Herzen Europas. Es ist eine der bedauerlichsten Tatsachen der Nachkriegspolitik, dass so vielen Staatsmännern versagt geblieben ist, sich in die Denkungsweise auch des politischen Gegenspielers einzusetzen. Zwar ist nicht wahr, was von sowjetischer Seite oft behauptet wird, dass die deutsche Geschichte eine Kette von Aggressionen darstellt. In Wahrheit war der erste Weltkrieg weit eher in damaligen Petersburg und in Wien als in Berlin entstanden. Aber alle solche Erörterungen nutzen heute wenig. Überragende Tatsache ist die Notwendigkeit, dem Sicherheitsbedürfnis von beiden, der Sowjetunion wie Deutschlands gerecht zu werden, und zwar gewiss nicht durch unpolitisches oder politisch gefährliches, dazu überholtes Denken ausschliesslich oder vornehmlich in militärischen Kategorien.

Kein aussenpolitisches Spekulantentum

Ich glaube, wir werden uns auch von aussenpolitischem Spekulantentum, obschon es wohl niemals wird auszurotten sein, einigermaßen bewahren müssen. Wir erinnern uns noch der Zeit, als in grosser Verblendung einige massgebliche Politiker glaubten, dass

wir getrost mit einem binnen "zwei Jahren" zu erwartenden Konflikt zwischen Russland und China rechnen könnten, um von Russland alsdann alle Zugeständnisse zu erlangen, die wir bräuchten. Es war die unselige Episode Starlinger. Heute bedarf es, wenn Verhandlungen ergebnisreich enden sollen, des Aufgebens namentlich aller jener Vorstellungen, die auf ein Ende des Kommunismus "in unserer Zeit" spekulieren. Gewiss wird auch er eines Tages enden, wie wahrscheinlich unsere eigenen Staatsauffassungen. Aber auf absehbare Zeit wird er bleiben, und zwar nicht wegen seiner Geschütze und sonstiger militärischer Einrichtungen, sondern wegen seiner geistigen Kräfte, die gross sind, gleichgültig ob wir sie verurteilen. Unter den grossen Ereignissen unseres zwanzigsten Jahrhunderts bleibt der Kommunismus, zusammen mit der Durchsetzung der Unabhängigkeit der unterentwickelten Länder Asiens und Afrikas, die wohl grösste erfolgreiche politische Revolution.

Wiedervereinigung - Befriedung

Weil aber die Fronten so erstarrt, der Hass so gewachsen, der Entstellungen so viele, die Gefahr so übergross ist, deshalb wird endlich zu prüfen sein, ob wir uns nicht einer Vermittlertätigkeit auch ausserhalb der grossen Blöcke bedienen sollten, wenn nicht der UNO, so einiger Persönlichkeiten aus dem sogenannten nichtgebundenen Ländern, wie etwa Indien oder Schweden. Wenigstens der Anfang könnte erleichtert werden, was - wie bereits gesagt wurde - schon an sich ein grosser Gewinn wäre.

Diesmal dürfen Verhandlungen nicht scheitern. Ihr Rahmen kann nicht weit genug gespannt werden. Aber man sollte doch vielleicht begreifen, dass eine Neubegründung des Verhältnisses Sowjetunion und Deutschland und der Wiedervereinigung Deutschlands nicht eine Folge, sondern durchaus eine Voraussetzung, eine grosse, wenn nicht die beste Anfangshilfe für die ersehnte allgemeine weltweite kontrollierte Abrüstung und Befriedung werden könnte.

+ + +

Großbritannien und die Berlin-Krise

B.A., London

Zwei Ereignisse der letzten Tage lassen voraussehen, daß ein intensives diplomatisches Spiel begonnen hat, um eine Überwindung der Berlin-Krise auf dem Verhandlungswege einzuleiten:

Zu dem Nikojar-Besuch in Washington bemerken Londoner diplomatische Kreise, er sei ein erneuter Versuch des Kreaml, direkte Verhandlungen zwischen Moskau und den USA herbeizuführen. Da die USA im Augenblick einen größeren Satelliten als die Sowjetunion besitze, dürfte Herr Nikojar jetzt als Begleiter für ein Gipfelgespräch willkommener sein, als er es vor wenigen Monaten gewesen sei.

In dieselbe Richtung weist eine zweite Begebenheit. Zur selben Zeit, als die westlichen Außenminister in Paris ihre Haltung zu Berlin und zu Ost-West-Verhandlungen festlegten, empfing Herr Chruschtschow im Kreaml zwei britische Labour-Abgeordnete. Es handelte sich um Vater und Sohn, Philip und Francis Noel-Baker. Während der Unterredung, die vor Francis Noel-Baker im letzten "Observer" mitgeteilt wurde, zeigte sich Chruschtschow zugänglicher, als seine letzten Notizen und Erklärungen vermuten ließen. "Ich betrachte Berlin als ein Musterbeispiel, als eine Art Latzma-Papier, das die Richtung der westlichen Absichten anzeigen wird", erklärte Chruschtschow seinen Besuchern. Interessant war es, daß er Österreich als ein Musterbeispiel der sowjetischen Absichten im Jahre 1955 anführte.

Chruschtschow zeigte jedoch keinerlei Interesse an der Wiedervereinigungsfrage und verlangte unerbittlich die Erhaltung des Ostzonenregimes. Trotzdem aber dürfte das Interview mit den Abgeordneten der Labour-Party den Hoffnungen weiteren Auftrieb geben, daß auf dem Verhandlungswege zumindest das Vermeidens einer Aufdie-Spitzen-Treibung der Berlin-Krise möglich sei. Nimmt man das Chruschtschow-Interview zusammen mit dem bevorstehenden Nikojar-Besuch in Washington, so läßt sich nicht leugnen, daß der Kreaml seine Fühler in diese Richtung ausstreckt. Trotz heftiger Kritik!

Man hat sich der Westen in Paris zwar auf eine starke Position gegenüber der Chruschtschow-Move vom 27. November festgelegt. Doch läßt sich nicht verkennen, daß hinter der selbstverständlichen Ablehnung des Vorschlags, Berlin zu einer demilitarisierten freien Stadt zu machen, der vielseitige Wunsch zu verspüren war, eine Verhandlungsbasis mit der Sowjetunion über das Deutsche Gesamtproblem zu finden. Lösungen, wie ein mehr oder weniger abgerüstetes wiedervereinigtes Deutschland werden in allen westlichen Hauptstädten, wenn man von Bonn absieht, in Erwägung gezogen. Nur glaubt man in London, derartige Angebote nicht machen zu können, bevor Chruschtschow seine ultimative Forderung auf eine "Freistadt" Berlin nicht habe fallen lassen und seine sonstigen Absichten nicht klarer zum Ausdruck bringt. Nikojar mag, mehr über die sowjetischen Absichten in Washington zu verstehen geben.

Eine ausgebliebene Einladung

sp - Schon seit langer Zeit wollen die Gerüchte nicht verstummen, der Vatikan beabsichtige, die Verbindungen zu der polnischen Exilregierung zu lösen. Diese Vermutungen erhielten seit dem Amtsantritt Johannes des XXIII. als Nachfolger des Papstes Pius XII. neue Nahrung. Die polnische Exilregierung, deren Sitz sich in London befindet und die seit Jahren durch innere Auseinandersetzungen geschwächt wird, ist im Vatikan durch ihren Botschafter Kasimir Papee, Doyen des diplomatischen Korps, vertreten. Papee hat seit vielen Jahren den Reigen der diplomatischen Neujahrsempfänge im Vatikan eröffnet. Diesmal fehlte er, ebenso der Vertreter der litauischen Exilregierung. Beide Diplomaten hatten keine Einladung zu diesem Empfang, der am zweiten Weihnachtstage stattfand, erhalten.

Das ist gewiss ein ungewöhnlicher Vorgang, der sich nur durch den Wunsch des neuen Oberhauptes der katholischen Kirche erklären lässt, irgendwie und irgendwann mit der kommunistischen Regierung Polens zu einer Vereinbarung zu gelangen. Der polnische Kardinal Wyschinski hatte als einziger Kardinal aus den kommunistisch regierten Ländern an der Papstwahl teilgenommen. Er weilte auch am längsten in Rom und kehrte erst vor ein paar Tagen nach Warschau zurück. Wyschinski erhielt den Vorzug, lange Unterredungen mit dem neuen Papt, über deren Inhalt man nur auf Vermutungen angewiesen ist, zu führen.

Der polnische Katholizismus kann sich seit den Tagen der polnischen Oktoberrevolution wieder verhältnismässig frei entfalten, er ist keinerlei Unterdrückungsmaßnahmen durch die kommunistische Regierung unterworfen; ein Werk des Kardinals Wyschinski, der durch weise Zurückhaltung und Mässigung Gomulka bewog, auf dem Gebiet der Beziehungen zur Kirche die grösste Toleranz walten zu lassen. Beide Männer, die heute die Entwicklung Polens bestimmen, sollen sich nie begegnet sein, aber sie sind in dem Wunsch und in dem Willen einig - wenn sie auch von entgegengesetzten Standorten kommen - ihr Land von inneren Erschütterungen freizuhalten.

Die polnischen Stalinisten, die es auch noch gibt, und die gelegentlich Gomulka auch viel zu schaffen machen, besaßen in der Vertretung der polnischen Exilregierung beim Vatikan bisher ein wirksames Argument gegen die Kirchenpolitik Gomulkas. Ihm soll wohl nun durch die Nichtbeteiligung polnischer Exildiplomaten an vatikanischen Empfängen der Boden entzogen werden. Nicht ausgeschlossen scheint zu sein, dass früher oder später direkte diplomatische Beziehungen zwischen dem Vatikan und Warschau erfolgen, was nicht ohne tiefgreifende Rückwirkungen auf das Verhältnis der katholischen Kirche zu den europäischen Ostblockstaaten sein dürfte.

-----+-----
Verantwortlich: Günter Markscheffel